

Das Magazin der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich

Juni 2026 | 71. Jahrgang | Nummer 2

€ 5 | Jahresabo € 17

ZeitZeichen

75
Jahre
KABÖ

Demokratie
in den Alltag
bringen

THEMA: Teilhaben und mitbestimmen

- 2 **Editorial**
REDAKTIONSKOLLEKTIV
- 2 **Karikatur**
JÖRG PAGGER
- 3 **Solidarisch betrachtet**
HUBERT GRATZER
- 4 **»In einem fahrenden Zug kann man nicht neutral bleiben«**
Demokratiebildung
SIEGLINDE ROSENBERGER
- 6 **75 Jahre KABÖ**
Die Jubiläumsfeier am 13. 3. 2026 in Wien
- 7 **Seit Jahren im Einsatz für Frauen**
Interview mit Margarete Bliem zu 75 Jahre KABÖ
- 8 **Demokratie – der beste Platz zum Leben!**
Good practice – Erzählcafés
MARIA ZWICKLHUBER
- 9 **Ein Beteiligungsprozess**
Good practice – Organizing
CHRISTOPH LEITNER-KASTENHUBER UND MARTIN WINDTNER
- 10 **5 Jahre Mandelbaum Verlag als Genossenschaft**
Good practice – Unternehmen als Lernort der Demokratie
MARTIN BIRKNER
- 11 **Mehr als ein Unterrichtsfach**
Good practice – Demokratie in der Schule
SONJA ABLINGER
- 13 **Das Projekt Hands On**
Good practice – Mentoring
CORNELIA ROIDER-KUBAT
- 14 **Konsequent an der Seite der Menschen**
Christliche Kirchen und ihre universale Verantwortung in herausfordernden Zeiten
MARIA KATHARINA MOSER
- 15 **Engagieren oder austreten?**
KAB Frauenstudientag
- 16 **KABÖ Pressemeldungen**
- 17 **Ankündigungen, Impressum**
- 18 **Demokratie stärken!**
Diskussion zu Demokratie und sozialem Frieden
ANNA MARIA STEINER
- 19 **Poldi**
Alltagsgeschichten
KARL A. IMMERVOLL
- 20 **Förderabo für das ZeitZeichen!**
Förderabo gegen Buchgeschenk vom Tyrolia Verlag

Demokratie leben

Diesem Anspruch gehen wir in der aktuellen ZeitZeichen-Ausgabe nach. Hier finden Sie dazu Beispiele aus der Praxis, wie in betrieblichen, schulischen oder Bildungskontexten Mitgestaltung und Teilhabe gelebt wird.

Solidarisch betrachtet der neue KABÖ-Vorsitzende **HUBERT GRATZER** einen wichtigen Zugang zur Demokratie, nämlich die Unterscheidung der Geister, und betont die Notwendigkeit einer positiven Verstärkung des Wertvollen.

SIEGLINDE ROSENBERGER analysiert, dass 2024 weltweit 40 Prozent der Menschen in einem sich autokratisierenden und lediglich 6 Prozent in einem sich demokratisierenden Land lebten. Folglich sieht sie in jeder Äußerung im öffentlichen Raum demokratiepolitisch wichtige Markierungen, um Autokratietendenzen auszuhebeln.

Auch unser ZeitZeichen verstehen wir in diesem Sinne als demokratiebildend und bitten Sie daher: Sichern Sie mit einem Förderabo den Weiterbestand von ZeitZeichen! Wir wünschen erkenntnisreiche Lektüre an einem hoffentlich erholsamen Plätzchen und laden ein zu Rückmeldungen an zeitzeichen@kaoe.at.

Ihr Redaktionskollektiv

ALLES LUG UND TRUG



ICH HAB' SCHON ALS KIND GEMERKT, DASS DIE STARKEN MÄNNER VOM WICKIE GAR NICHT STARK WAREN.

JÖRG PAGGER ist Grafiker, Zeichner, Karikaturist und Wortspieler. www.joergpagger.at.

Miteinander statt Machtkultur



Hubert Gratzner

ist Vorsitzender der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich.

FOTO: SARAH BRUNNER

Im Dossier der Katholischen Aktion Österreich „Demokratie leben und gestalten“ heißt es: „Das Engagement für eine lebendige Demokratie setzt eine gute Analyse der aktuellen Lage voraus. In der Tradition Joseph Cardijns, dem Gründer der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ), richten wir uns nach dem bewährten Prinzip **Sehen-Urteilen-Handeln**.“ Cardijn traute also jungen Arbeiter:innen zu, aufgrund der gemeinsamen Auseinandersetzung mit der eigenen Lebenssituation und ihrem Umfeld, aktiv zu werden.

Aus der Praxis

Als Berufsschullehrer diskutierte ich mit den Lehrlingen oft über Politik und die Bedeutung für ihr Leben. Dabei stellte ich folgende Fragen: „Glaubst du, dass du dich in der Politik auskennst?“ 90 % antworteten, sie würden sich nicht auskennen. Auf die zweite Frage, ob sie Politiker:innen positiv oder negativ erleben, sagten 90 % sie würden Politiker:innen negativ erleben. Das war das Analyseurteil noch bevor sie sich informiert hatten oder Bescheid wussten. Da scheint mir sachgerechte Information doch eine große Aufgabe in der Demokratie, also für uns zu sein. Eine funktionierende Demokratie braucht Menschen, die sich bilden

und informieren und erst dann ein Urteil fällen. Diese Lebensbildung, wie sie Cardijn genannt hatte, ist unverzichtbar für ein differenziertes Urteilsvermögen.

Solidarisch betrachtet

Aus der Kommunikationswissenschaft wissen wir, dass als Sicherheitsfunktion gegen Gefahren negative Botschaften sieben Mal stärker wahrgenommen, also für wahr gehalten werden. Das nutzen auch Medien für sich. Eine Zeitung ohne negative Botschaften würde sich demnach schlecht verkaufen. Es scheint so, dass uns „der Kon-

flikt“ und „die Aufregung“ an einer Botschaft stärker interessieren als unaufgeregte Tatsachen nach einer gründlichen Analyse. So zielen auch einige Parteien bevorzugt darauf, Bürger:innen aufzuregen, statt sie aufzuklären.

Ich glaube, Demokratie braucht einerseits kritisches Hinschauen, andererseits ist aber auch hervorzuheben, was an Demokratie und Politik wertvoll ist. Leider – oder Gott sei Dank, muss das sieben Mal öfter gesagt werden, als die Kritik. Aber das tun wir ja gerne und mit Leidenschaft. ■

Ihr Redaktionskollektiv



v.l.n.r.: Elisabeth Zarzer, Gabriele Kienesberger, Maria Langmaier, Anna Wall-Strasser, Anneliese Pieber

FOTO: SARAH BRUNNER

»In einem fahrenden Zug man nicht neutral bleiben

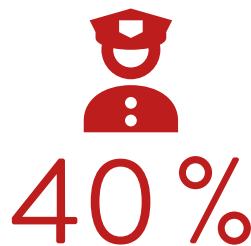
Dieses Wortbild von Howard Zinn, Historiker zur Bürgerrechtsbewegung in den USA, ist aktueller denn je. Ein Zug fährt in eine Richtung, wer in eine andere will, muss aktiv etwas tun, nämlich in einen anderen Zug einsteigen, so in etwa die Message. **SIEGLINDE ROSENBERGER** ermutigt zu demokratiepolitischem Aktivismus.

Der Satz auf die Situation übertragen, in der in vielen Ländern die liberal-freiheitliche Demokratie steckt, sagt Folgendes: Wir befinden uns an einer Weggabelung, an der wir nicht neutral sein können, sondern uns entscheiden müssen. Denn der eine Zug fährt auf den Gleisen der Werte und Prinzipien der liberalen Demokratie; der andere Zug fährt in Richtung Autokratie. Letzterer ist zwar rasant unterwegs, aber nicht ungebremst. 2024 lebten 40 Prozent der Menschen in einem sich autokratisierenden und lediglich 6 Prozent in einem sich demokratisierenden Land. Demokratien können sterben, aus vielen Gründen, meist an der Wahlurne, also letztlich mit der Zustimmung der vielen Menschen.

Demokratie stärken durch öffentliche Aktionen

Bereits im Jahre 2017 tauchte in den USA der Begriff der „liberalen Müdigkeit“ auf. Menschen mit liberaler, progressiver Haltung würden sich angesichts polarisierender, emotional negativ geladener Entwicklungen zurücknehmen, leiser werden, u. a. weil es eh nichts nütze. Mit dem nicht gewollten Effekt, dass die rechtsradikalen Gruppen an Lautstärke gewannen, noch mehr wahrgenommen und gehört wurden. Sie beanspruchen Schritt für Schritt die Einheitlichkeit von

Nation und Volk. Wer nicht ins homogenisierte Kollektiv passt, wer nicht spurt, wird abgewertet, ausgegrenzt und verfolgt – z. B. NGOs, denen unlautere Geschäfte unterstellt werden oder die in Ländern wie Georgien, Russland, Slowakei,



2024 lebten 40 % der Menschen in einem sich autokratisierenden und nur 6 % in einem sich demokratisierenden Land.

Ungarn etc. als „ausländische Agenten“ diffamiert werden. Vor diesem Hintergrund ist jede Aktivität auf der Straße, jede Äußerung als Leserbrief, jeder Wider- oder Einspruch im öffentlichen Raum demokratiepolitisch wichtig – denn sie alle dokumentieren, dass es unterschiedliche Meinungen und Haltungen gibt, die letztlich die Demokratie ausmachen.

Was aber bedeutet die Weggabelung zwischen Demokratie und Autokratie für die Demokratie-

bildung? Wo ist anzusetzen, damit Freiheit und Solidarität weiterhin eine Chance haben und die diversen Kontrollmechanismen zur Bändigung der staatlichen Macht nicht versagen? Was braucht es, damit die Wähler:innen sich positionieren und für die Demokratie Verantwortung übernehmen?

Wissen vor Emotion

Demokratiebildung soll weiterhin Wissen vermitteln: entgegen allen Äußerungen, dass primär an der Emotion anzusetzen sei, weil bestimmte Emotionen wie Angst und Wut die Demokratie gefährden würden. Es braucht weiterhin Wissen, weil anti-demokratische Kräfte die Einfachheit der Lösungen verheißen. Einfache Lösungen aber können demokratische Kräfte in einer Zeit, in der alle großen Probleme grenzübergreifend sind, nicht liefern. Es braucht deshalb Wissen, um annäherungsweise zu begreifen, wie etwa europäische Politik funktioniert, wie die Vielheit an Interessen und Bedürfnissen in Einklang gebracht wird und dabei Wichtiges auf der Kompromiss-Strecke bleibt.

Partizipation schafft Handlungsfähigkeit

Demokratiebildung soll für Partizipation bilden: Es gibt in funktionierenden Demokratien tatsächlich mehr Möglichkeiten als nur alle vier oder fünf Jahre auf den unterschied-

kann



lichen Ebenen von Gemeinde, Land, Bund, EU zu wählen. Demokratiebildung kann Möglichkeiten und Instrumente aufzeigen, wie wir uns einbringen können: vom Lesen bezahlter politischer Information bis hin zur Nutzung von Plattformen, die Aktivitäten bündeln; vom Engagement in politischen Parteien oder in NGOs etc. Partizipation ist wichtig, weil sie zum einen Mit-Gestaltung ermöglicht und zum anderen, weil sie Wissen zu Strukturen und Institutionen, aber auch zu Mechanismen des Kompromisses schafft. Wer partizipiert erfährt Handlungsfähigkeit, fühlt sich nicht als Opfer – wie die Demokratie-Zerstörer:innen es bestimmten Gruppen einreden – sondern als Mit-Gestalter:in und entwickelt über Wissen und Erfahrung Vertrauen in demokratische Institutionen und Politiker:innen.

Komm- und Gehstrukturen

Demokratiebildung sollte dazu beitragen, dass jeder Mensch die eigene Selbstwirksamkeit spürt. Sich also als Teil einer Gruppe erfährt und weiß, dass jede Stimme zählt. Dafür braucht es Komm- und Gehstrukturen der politischen Erwachsenenbildung. Zu Kommstrukturen wie Vorträge, Seminare etc. kommen Menschen hin. Bei Gehstrukturen gehen die Angebote zu den Menschen. Es handelt sich um eine aufsuchende politische Bildung, und zwar in Räumen und an Orten, wo Personen sich aufhalten. Dazu zählt etwa das Projekt „Raum für Demokratie“ der

Bundeszentrale für Politische Bildung in Deutschland als 2025 etwa 1000 Orte sich als Raum für Demokratie öffneten.

Der kanadische Premierminister Mark Carney griff im Jänner 2026 in Davos Vaclav Havels 1979 verfassten Essay „Die Macht der Ohnmächtigen“ auf. Darin beschreibt Havel einen Gemüsehändler, der jeden Morgen das Schild „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ in sein Schaufenster hängt. Der Gemüsehändler glaubt nicht daran, trotzdem hängt er es auf, um Konformität zu zeigen. Carney schlussfolgert, dass auch heute Länder ihre konformistischen Schilder abnehmen sollten, denn „die alte Ordnung“ einzelner Mächte (USA) über die internationale Weltordnung ist längst zerbrochen.

„Jede Aktivität auf der Straße, jede Äußerung als Leserbrief, jeder Wider- oder Einspruch im öffentlichen Raum ist demokratiepolitisch wichtig.“

Sieglinde Rosenberger

Er sieht, dass die Mittelmächte aus dem Bruch etwas Größeres, Besseres, Stärkeres, Gerechteres bauen können.

Was Havel für den tschechoslowakischen Alltag forderte, fordert Carney für die Weltordnung.



Sieglinde Rosenberger

war bis 2022 Univ.-Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien; Referentin in ksoe-Lehrgängen; derzeit aktiv im Demokratienetzwerk Bündnis 2025 und bei der Initiative Ja Demokratie

FOTO: PRIVAT

Auch Howard Zinn gibt uns ein aktivierendes Bild an die Hand – Demokratie stärken durch Engagement anstatt Duldung und Passivität.

Zum Vertiefen

Sieglinde Rosenberger: Blog Beitrag: Persönliche Dialoge. Könnten sie die Demokratie stärken oder gar retten? <https://www.ksoe.at/blogbeitraege/155558/persoennliche-dialoge-koennen-sie-die-demokratie-staerken-oder-gar-retten>

Wählen Frauen anders? Der rechts-radikale Gender Gap im Wahlverhalten. In: Horst Schreiber/Elisabeth Hussl (Hg.) Gaismar-Jahrbuch 2026. Haltung zeigen. 20-27

Trendig rechtsautoritär: Die Nationalratswahl 2024 in Österreich. In: Politika 2025. Gemeinsam mit Gilg Seeber

Für die Demokratie reden. Erfahrungen mit Dialogformaten im öffentlichen Raum. In: Pädagogische Horizonte 9(1), 2025

Migrations- und Integrationspolitik. https://www.researchgate.net/publication/366203039_Migrations_und_Integrationspolitik

Integration erwünscht? Österreichs Integrationspolitik zwischen Fördern, Fordern und Verhindern. Wien 2020, mit Oliver Gruber

Bündnis 2025
buendnis2025.at

Ja Demokratie
www.ja-demokratie.at





Die KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser (Bildmitte) diskutierte zum Thema „Arbeit neu gestalten. Sozialökologische Transformationen und ihre Auswirkungen auf die Arbeitswelt“ mit dem zu diesen Fragen forschenden Politologen Ulrich Brand (l.) und der stellvertretenden Leiterin der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr der AK Wien Astrid Schöggel (r.).

**75
Jahre
KABÖ**

Die KABÖ beging ihr Jubiläum am 13.3.2026 im Curhaus am Wiener Stephansplatz

Die Teilnahme von über 60 Mitfeiernden aus mehreren Diözesen ermöglichte einen herzlichen und regen Austausch zwischen langjährigen Wegbegleiter:innen sowie haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen.



Gabriele Kienesberger, Hans und Margit Lechner, Elisabeth und Günter Kranz



Maria Zwicklhuber, Christoph Watz, Anna Wall-Strasser, Rafael Haigermoser, Karl Immervoll

Gemeinsamer Anschnitt der KABÖ-Geburtstagstorte durch die scheidende Bundesvorsitzende Anna Wall-Strasser und den neuen Bundesvorsitzenden Hubert Gratzer.



Reini Grausam, Manfred Hofmann, Maria Langmaier



SEIT JAHREN IM EINSATZ ...

... für Frauen

MARGARETE BLIEM kam in den 1990ern zur KAB – zu einer Zeit, als sich Frauen bereits etabliert hatten. **ELISABETH ZARZER** vom Zeitzeichen-Redaktionsteam bat sie, von ihren regionalen bis internationalen Aktivitäten zu erzählen.

Margarete, wann begann dein Engagement in der KAB und wie ging es weiter?

Als Elternvereinsobfrau kämpfte ich für die Fünf-Tage-Woche, so wurde Hannes Hössinger, damals KAB-Sekretär, auf mich aufmerksam. 1995 kam ich zur Familienrunde in Neulengbach, 1998 zur KAB; bald auch in den Vorstand. Ich habe zugesagt, um meine Wünsche und Forderungen, speziell bei Frauenanliegen, einbringen zu können.

2002 haben wir den diözesanen KAB-Frauenarbeitskreis reaktiviert. Meine Vorgängerin Anna Haiden, eine begeisterte Gewerkschafterin,



Margarete Bliem im KAB-Einsatz für Arbeitnehmer:innenrechte und den arbeitsfreien Sonntag bei der Großdemo „Nein zum 12-Stunden-Tag“ 2018 in Wien.

FOTO: KABÖ

war mir ein großes kämpferisches Vorbild. Rasch wurde ich auch in die KAB-Bundesleitung gewählt. Nach dem plötzlichen Tod von Rosa Prenn, dieser so engagierten, couragierten Frau, wurde ich Frauenarbeitskreis-Leiterin auf Ö-Ebene.

Von 2012–19 arbeitete ich hauptamtlich bei der KAB St. Pölten, danach wieder ehrenamtlich. Die Haltungen und Werte der KAB begeistern mich. Einmal KAB, immer KAB!

Beim Blick zurück: Wofür hast du dich mit ganzem Herzen eingesetzt?

Besonders wichtig sind mir die Frauenanliegen, Solidarität und Gerechtigkeit, z. B. gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Care-Arbeit, Grundeinkommen, arbeitsfreier Sonntag. Wir KAB-Frauen suchten Landespolitiker:innen auf, um z. B. bessere Bedingungen für Tagesmütter zu fordern. Bei Terminen mit den Frauenministerinnen Prammer, Rauch-Kallat und Heinisch-Hosek brachten wir prekäre Arbeit oder die Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit zur Sprache. Ich pflegte die Vernetzung mit lokalen Frauenorganisationen und wir organisierten oft Straßenaktionen und Veranstaltungen zum Int. Frauentag (8. März). Ebenso waren wir als KAB bei Aktionen zum Int. Tag gegen Gewalt an Frauen (25. November) und bei One Billion Rising (14. Februar) mit dabei. Um Gleichstellung und Gerechtigkeit für Frauen voranzutreiben, braucht es Kooperationen! Ganz wichtig war mir das Int. Frauennetzwerk von KAB



Margarete Bliem

Eine KAB-Aktivistin für Frauenanliegen auf Diözesan-, Österreich- und Europaebene.

FOTO: PRIVAT

& KVW (D, Ö, Schweiz, Südtirol), in dem ich bis 2024 mitarbeitete. Es organisiert alle zwei Jahre eine Sommerakademie zu einem frauen- und EU-relevanten Thema. Ich habe immer von diesem horizont-erweiternden Austausch profitiert. Bis vor einigen Jahren gab es KABÖ-Frauenwochenenden (nun ist's ein Studientag), es war mir eine Freude, diese mit zu organisieren!

So viel Frauenengagement – und jetzt?

Auch in der Pension interessieren mich Frauenthemen noch sehr, doch die KAB-Ressourcen sind knapp geworden. Ich organisiere nun unsere jährliche diözesane KAB-Reise innerhalb Österreichs und privat widme ich viel Zeit den Enkelkindern und meinen betagten Eltern.

Danke, Margarete, dass du deine Erinnerungen mit uns geteilt hast!

75
Jahre
KABÖ

Demokratie – der beste Platz zum Leben!



Maria Zwicklhuber,
ehemalige Bundessekretärin
der KAJ und CAJ-Europa-
sekretärin, ist ehrenamtlich im
Netzwerk Ja Demokratie
www.ja-demokratie.at engagiert.

FOTO: PRIVAT

Begonnen hat alles 2024 vor den Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Nationalrat. Die Sorge um die Gefährdung unserer Demokratie war der Beweggrund für die Entstehung neuer Initiativen mit dem Ziel, Demokratie zu verteidigen und für demokratische Werte zu werben. Eine dieser neuen Initiativen ist *Ja Demokratie*, wo auch ich mit etwa 50 anderen Personen engagiert bin. *Ja Demokratie* verfolgt den Ansatz des niederschweligen Dialogs. Wir führen Gespräche über Demokratie mit Menschen auf öffentlichen Plätzen, in Parks, auf Promenaden, bei Veranstaltungen und Festen, auf Spielplätzen.

Eine der Initiator:innen von Ja Demokratie, die Politikwissenschaftlerin Sieglinde Rosenberger, ist überzeugt: „Zuhören, reden, informieren, persönliche Kontakte mit Menschen, die an der Demokratie zweifeln, ihr gegenüber ungeduldig oder wütend sind, gelten als demokratiestabilisierend“. Wir gehen auf Menschen zu, stellen uns vor und fragen, ob vielleicht Lust, Interesse und Zeit für ein Gespräch besteht. T-Shirts, Anstecker, Umhängetaschen und Flyer machen uns erkennbar. Wir eröffnen das Gespräch mit allgemeinen Fragen und hören dann hin, welche Themen, Probleme und Sichtweisen die Gesprächspartner:innen ansprechen.

Wenig überraschend begegnen wir in unserer polarisierten Gesellschaft Menschen mit teils geschlossenen politischen und kulturellen Meinungen und Einstellungen. Immer wieder sind Gesprächspartner:innen der Auffassung, dass es Demokratie eh nicht mehr gibt, da die Parteien tun was sie wollen und nicht, was sie

versprechen. Wir verweisen darauf, dass in einer Demokratie mit einer Regierung von unterschiedlichen Parteien und Interessen der ‚politische Kompromiss‘, also das Aushandeln von Lösungen ein wichtiges Prinzip und ein wesentlicher demokratischer Wert ist.

„Im Erzählcafé
Bewusstsein für
den Wert von
Demokratie erzeugen.“
Maria Zwicklhuber

Aktuelle Gesprächseinstiege

Waren zu Beginn der Initiative 2024 die anstehenden Wahlen der Aufhänger für die Gespräche, so nehmen wir jetzt historisch bedeutsame Tage oder Feiertage, wie etwa den 8. März (Internationaler Frauentag), den 1. Mai (Tag der Arbeit), den 27. April (1945 – Gründung der 2. Demokratischen Republik Österreich) oder den 8. Mai (Tag der Befreiung, Ende des

2. Weltkrieges) zum Anlass, um Gespräche ‚im Feld‘ zu führen. Diese Tage eignen sich besonders gut, da sie uns an der Lebensrealität der Menschen mit den Themen Frauenrechte und Arbeiter:innenrechte oder unmittelbar an Kreuzungspunkten von Diktatur zu Demokratie anknüpfen lassen.

Darüber hinaus suchen wir Allianzen mit Einrichtungen und Organisationen, wo Menschen zusammenkommen, wie Senior:innengruppen, Grätzltreffe oder diverse Vereine und bieten ein- bis zweistündige „Erzählcafés“ zum Thema Demokratie an. Bewusstsein für den Wert von Demokratie zu erzeugen, ist unser Ziel im Verbund mit all den anderen Initiativen und Engagierten. ■

Ein Beteiligungsprozess

Wie kann in Betrieben die Belegschaft selbst im Sinne ihrer Interessen beteiligt werden und aktiv an der Verbesserung ihrer Situation mitwirken?

Durch die Praxis des Organizing werden Arbeitnehmer:innen – über die betriebsrätliche Funktionsstruktur hinaus – ermächtigt, sich aktiv zu beteiligen und an Veränderungsprozessen mitzuwirken. In den Gewerkschaften gibt es bereits viele Beispiele, in denen es über das Einbeziehen der Beschäftigten in alle Entscheidungen gelungen ist, dringliche Anliegen im Betrieb durchzusetzen. Der Kampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten für die Beschäftigten der OÖ-Ordensspitäler im letzten halben Jahr basierte auf einem breit angelegten Organizing-Prozess in den verschiedenen Spitälern. Damit gelang eine bisher nie dagewesene Mobilisierung und Beteiligung der Betroffenen. Der vida Bundesfachsekretär **CHRISTOPH LEITNER-KASTENHUBER** und **MARTIN WINDTNER**, ÖGB-Sekretär für Linz-Stadt, berichten von den konkreten Schritten dazu.

Zusammenhalt ist unsere Stärke Ärger (Anger) – Hoffnung (Hope) – Aktion (Action), das AHA- Schema für Gespräche mit Kolleg:innen ist ein Werkzeug für die Organisation von Arbeitnehmer:innen. Aus dem englischen auch als „Organizing“ bekannt. Sehen-Urteilen-Handeln, ist dem AHA-Schema nahe.

Dieser Zugang stellt die Interessen der Kolleg:innen, geeint auf kol-

lektive Forderungen in den Mittelpunkt. Verhandler:innen verstehen sich als Sprachrohr dieser Interessen. Entscheidungen werden von den vielen engagierten Kolleg:innen getroffen.

Vor Ort in den OÖ-Ordensspitälern

Bis September 2025 wurden die Kolleg:innen in den OÖ-Ordensspitälern befragt. Das Forderungs-Ergebnis:

- Erhöhung der Realeinkommen bei Löhnen und Gehältern
- Entlastung durch schrittweise Arbeitszeitverkürzung auf eine 35-Stunden-Woche

„Streik ist unser Mittel.“
bekräftigte eine Teamdelegierte, nach Annahme des Verhandlungsstandes

Der Kollektivvertrag (KV) der OÖ-Ordensspitäler:

- 10.000 Kolleg:innen sind vom KV erfasst, davon sind rund 80 % Frauen, von diesen arbeitet mehr als die Hälfte in Teilzeit
- Die KV-Verhandlungen führt das KV-Team, Betriebsrät:innen aus den OÖ-Ordensspitälern mit dem vida Bundesfachsekretär, im Auftrag der Gewerkschaft vida/ÖGB



Christoph Leitner-Kastenhuber
ist vida Bundesfachsekretär.

FOTO: PRIVAT

- Ärzt:innen in diese Spitälern sind *nicht* im KV
- 99 % der finanziellen Verluste des Spitalsbetriebes wird vom Land OÖ finanziert

Am 3.12.2025, wurde der Arbeitgeberseite die Absicht von 6.843 Kolleg:innen öffentlich erklärt. Mit ihrer Unterschrift unterstützen die Arbeitnehmer:innen die Forderungen und übernehmen für die Durchsetzung Verantwortung.

Was charakterisierte diesen Arbeitskampf?

- 350 Teamdelegierte waren aktiv, haben mehrfach ihre Kolleg:innen zu den Forderungen, dem Verhandlungsstand und zum weiteren Vorgehen befragt. 2.500 Kolleg:innen sind im Infokanal einer WhatsApp Gruppe.
- Befristete Teilstreiks am 22. Jänner und am 3. März 2026: Ein Teil der Kolleg:innen legt die Arbeit nieder, ein größerer Teil setzt die Arbeit fort, um die Versorgung der Patient:innen aufrecht zu erhalten.
- Der Zusammenhalt von Kolleg:innen an den Streiktagen: Überwiegend zum ersten Mal in ihrem Leben haben sie die Arbeit niedergelegt.
- Der kollektive Wille auf die Straße zu gehen, weil Kolleg:innen mit ihren Anliegen öffentlich und in den medialen Berichten gehört werden wollen.

5 Jahre Mandelbaum Verlag als Genossenschaft

Demokratisches Handeln am Arbeitsplatz reicht weit über die wirtschaftlichen Anforderungen hinaus. Über ein gesellschaftliches Praxisfeld, in dem gleichberechtigte Teilhabe und kollektives Entscheiden tagtäglich praktiziert werden, berichtet der Genossenschaftler MARTIN BIRKNER.

In kapitalistischen Wirtschaftssystemen ist demokratische Selbstbestimmung der Beschäftigten in der Arbeitswelt weitgehend nicht existent. Im Unterschied zu politischer Mitgestaltung, die – obgleich durch die repräsentativen Mechanismen des Parlamentarismus stark beschränkt – verfassungsmäßig garantiert ist, bleibt der Bereich der (Lohn)Arbeit ein weitgehend demokratiefreier Raum. Zwar wird Betriebsrät:innen ein Mitspracherecht eingeräumt, die Beschäftigten selbst sind jedoch an die Anweisungen ihrer Chef:innen gebunden. Diese Tatsache ist ein großes Hindernis für eine wirklich tiefgreifende Demokratisierung der Gesellschaft. Der neoliberale Kapitalismus der letzten 30 Jahre machte diese undemokratischen Verhältnisse zum Normalzustand. Die gegenwärtigen autoritären Tendenzen angesichts der sozial-ökologischen Vielfachkrise möchten selbst die politische Sphäre einem autoritären Kommando unterordnen. Als Vorbild dafür kann die undemokratische Verfasstheit der Arbeitswelt gesehen werden.

Der Arbeitsplatz als demokratisches Praxisfeld

Aus diesen Gründen reicht demokratisches Handeln am Arbeitsplatz weit über die Ökonomie hinaus. Es könnte ein riesiges gesellschaftliches Praxisfeld sein, auf dem gleichberechtigte Teilhabe und kollektives Entscheiden tagtäglich praktiziert werden. Der Wiener Mandelbaum Verlag war bis 2021 ein Einzelunternehmen mit relativ egalitären Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen. Insofern war es für uns Beschäftigte naheliegend, diese Strukturen weiter auszubauen und dem Unternehmen



auch eine dementsprechende Rechtsform zu geben. In der Genossenschaft haben wir diese gefunden, gut unterstützt und beraten durch unseren Revisionsverband „Rückenwind“. Anfänglich drei, mittlerweile vier Beschäftigte halten jeweils die gleiche Anzahl an Genossenschaftsanteilen, jeder ist in gleichem Ausmaß an der Entscheidungsfindung beteiligt, unsere Gehälter sind einheitlich.

Arbeitsteilung ohne Hierarchisierung

Die Genossenschaft besteht seit fünf Jahren, seit rund zwei Jahren

sind wir im „Normalbetrieb“ angekommen. Unsere Arbeitsteilung beruht auf einer sich in ständiger Aushandlung befindlichen Mischung aus gemeinsam geteilten Tätigkeitsfeldern und solchen persönlicher Kompetenzen. Dies bedeutet, es gibt Genoss:innen, die sich um spezifische Agenden wie den Vertrieb oder die Einreichung von Förderungen kümmern; andere Tätigkeiten werden von allen gemacht, wie z. B. Büchertische, Messeauftritte oder die Betreuung einzelner Buchprojekte. Gerade letzteres ist – als Herzstück der Verlagstätigkeit – wichtig, um Hierarchisierungen in unserer internen Arbeitsteilung zu vermeiden oder zumindest einzudämmen. Die wesentlichen Entscheidungen treffen alle Genoss:innen beim wöchentlichen Jour fixe. Dieser ist das zentrale Steuerungsinstrument unseres Kollektivs.

Große thematische Fragestellungen diskutieren wir manchmal in eigens dafür angesetzten Treffen, einmal jährlich begeben wir uns für zwei Tage in Klausur. Dort lassen wir das vergangene Jahr Revue passieren, besprechen Erfolge und Probleme, einerseits nach außen, andererseits unsere Zusammenarbeit intern betreffend. In den Klausurtagen wird die inhaltliche und ökonomische Ausrichtung für das kommende Jahr festgelegt. Gegenwärtig verspüren wir durch steigende Produktionskosten und sinkende Fördereinnahmen starken Druck.



Martin Birkner

ist seit 2021 Genossenschafter beim mandelbaum Verlag, gemeinsam mit 3 Kolleg:innen, und betreut dort u. a. die Edition kritik & utopie. Er hat Philosophie in Wien und Neapel studiert und interessiert sich für Sozialphilosophie, Ökoanarchismus und Befreiungstheologie. Er lebt in Wien und im Südburgenland.

FOTO: PRIVAT

Mensch und Umwelt stehen im Zentrum

Im Großen und Ganzen sind wir zufrieden mit der Entwicklung unserer Genossenschaft. Gerade mit der Erfahrung aus „normalen“ hierarchischen Unternehmen kommend, möchte man den demokratischen Weg einer gemeinsamen solidari-schen Ökonomie nicht mehr mis-sen. Obwohl wir uns bewusst sind, dass wir in einem kapitalistischen Umfeld agieren, sehen wir in unse- rer egalitären und demokratischen Organisationsform einen Vorteil gegenüber herkömmlichen Unter- nehmen. Umso mehr gilt das an- gesichts des von uns verfolgten Ziels einer post-kapitalistischen Ökonomie, in der nicht der Pro- fit, sondern die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt im Zentrum stehen. Last but not least bin ich überzeugt davon, dass Menschen, die in ihrem Arbeitsumfeld täglich demokratische Prozesse einüben, viel weniger empfänglich sind für autoritäre Versuchungen – sei es ökonomisch, privat oder auf politi- scher Ebene. ■

GOOD PRACTICE – DEMOKRATIE IN DER SCHULE

Mehr als ein Unterrichtsfach

Demokratiebildung in der Schule gelingt nicht nur durch Politische Bildung als Unterrichtsfach, sondern vor allem dort, wo Schülerinnen und Schüler echte Erfahrung mit Mitsprache, Verantwortung, Konfliktlösung und Kompromissbildung machen. Gleichzeitig darf Schule nicht so tun, als könnten alle demokratischen Ideale jederzeit vollständig umgesetzt werden. Sich diesem Balanceakt zu stellen, ist für die Mittelschuldirektorin SONJA ABLINGER in der heutigen Zeit besonders wichtig.

Die Schule als erste öffentliche Institution

Für viele Kinder ist die Schule die erste Institution, in der sie regel- mäßig erleben, wie Regeln, Autori- tät, Rechte und Pflichten funk- tionieren. Deshalb prägt die Schule stark, welches Bild junge Men- schen von Gesellschaft entwickeln. Was Kinder in der Schule lernen können: Demokratie ist nicht ab- strakt, sondern konkret, manchmal mühsam und oft konflikthaft.

An unserer Schule wurde stufen- weise der wöchentliche Klassen- rat eingeführt. Dort bringen Schüler:innen ihre Vorschläge ein. Sie diskutieren, welche Orte im Schulgebäude sogenannte „Wohl- fühlorte“ sind, warum sie sich wo ungern aufhalten, ob die Pausen- regelung verändert werden sollte. Einige wollen mehr Bewegungs- freiheit, andere mehr Ruhe. Klas-

sensprecher:innen moderieren, jemand führt Protokoll, am Ende wird abgestimmt – und nicht alle sind zufrieden. Genau hier be- ginnt Demokratiebildung: nicht beim perfekten Konsens, sondern beim Aushalten unterschiedlicher Interessen.

Interessen vertreten lernen – Konflikte ernstnehmen

In den Klassensprecherkonferenzen – in denen Klassensprecher:in- nen, deren Stellvertreter:innen und die Schulleitung zusammen- kommen – werden die Anliegen der Schüler:innen aus den un- terschiedlichen Klassen verhandelt. Klassensprecher:innen lernen, Anliegen zu sammeln, zwischen Einzel- und Gruppeninteressen zu unterscheiden, Kompromisse zu su- chen und Ergebnisse zurück in die Klasse zu tragen.

Klassensprecherkonferenzen dürfen keinesfalls zum Symbol- gremium verkommen, daher müs- sen Schüler:innen erfahren, was mit ihren Vorschlägen passiert, sonst entsteht Frust statt demo- kratischer Bildung. Wenn also die Mädchen beispielsweise ein- fordern, dass Hygieneartikel in den Toilettenräumen bereitgestellt wer- den sollen, weil sie bisher immer jemanden darum fragen müssen (und sie das oft als unangenehm empfinden), dann ist klar, dass diese Forderung rasch umgesetzt werden muss – oder es muss trans- parent und nachvollziehbar ►

- dargestellt werden, warum die Forderung nicht umsetzbar ist.

Schule ist keine direkte Demokratie. Lehrpläne, Schulgesetze, Aufsichtspflicht, Zeitpläne und Ressourcen setzen klare Grenzen. Schüler:innen können nicht über alles entscheiden. Auch Lehrpersonen arbeiten unter Druck: große Klassen, knappe Zeit, Personalmangel, administrative Aufgaben und fehlende Räume erschweren echte Beteiligung. Demokratiebildung bedeutet nicht, dass alle Wünsche erfüllt werden, sondern, dass Entscheidungen nachvollziehbar sind, dass Beteiligung dort ermöglicht wird, wo sie sinnvoll ist, und dass Macht nicht willkürlich wirkt.

Demokratie braucht auch Verfahren, um Konflikte fair auszutragen. Daher bilden wir an unserer Schule Streitschlichter:innen aus. Ein Beispiel: Zwei Schüler:innen streiten wegen Beleidigungen in einer Chatgruppe. In einem Streitschlichtungsgespräch erzählen beide ihre Sicht, hören einander zu und suchen gemeinsam eine Vereinbarung. Oder nach einem Streit in der Pause wird nicht nur nach „Schuld“ gefragt, sondern danach, wie Wiedergutmachung und zukünftiges Verhalten aus-

sehen kann. Streitschlichtung vermittelt Fähigkeiten, die demokratische Gesellschaften dringend brauchen, nämlich Perspektivenwechsel, Reden statt Gewalt und die Bereitschaft, Lösungen nicht einfach von Autoritäten verordnet zu bekommen.

Anspruch und Wirklichkeit

Doch demokratische Prozesse brauchen Ressourcen. Nach wie vor hängt demokratische Schulentwicklung häufig vom Idealismus einzelner Lehrpersonen ab. Sie organisieren Klassenräte, suchen Gespräche nach Unterrichtsschluss und halten Beteiligungsprozesse am Laufen. Was strukturell nicht ausreichend vorgesehen ist, wird durch Mehrarbeit, Beziehungsarbeit und persönliches Engagement kompensiert.

Solange demokratische Beteiligung vom Engagement einzelner Lehrpersonen abhängt, bleibt sie zufällig. Ressourcenmangel ist nicht nur ein administratives Problem, sondern auch eine demokratische Frage. Wo zu wenig Zeit für Gespräche bleibt, werden Konflikte schneller autoritär geregelt. Wo Übersetzungsangebote fehlen, sind manche Eltern von Mitbestimmung ausgeschlossen. Wo Klassen zu groß sind, kommen leise Stim-



Sonja Ablinger

ist Schulleiterin der Mittelschule 17 in Linz und Vorsitzende des Gewaltschutzzentrums OÖ; sie gründete das Frauenbündnis 8. März und war Abgeordnete zum Nationalrat (1996–1999 und 2007–2013).

FOTO: MITTELSCHULE17-LINZ.AT

men leichter zu kurz. Eine demokratische Schule braucht nicht nur motivierte Lehrpersonen, sondern auch multiprofessionelle Teams. Schulsozialarbeit, Beratungslehrer:innen, Psycholog:innen, Sprachmittler:innen und administrative Unterstützung können dazu beitragen, dass die Beteiligung nicht an Überlastung scheitert.

In vielen Ländern zeigen sich Entwicklungen, die die demokratische Kultur unter Druck setzen: sinkendes Vertrauen in Institutionen, Angriffe auf unabhängige Medien, autoritäre Versuche und die Abwertung von Minderheiten. Daher muss sich auch Schule zu einem Demokratielernort entwickeln, denn Schule kann zeigen, dass Zuhören, Mitreden, Streiten und Abstimmen keine leeren Begriffe sind. Und sie muss zeigen, dass Demokratie eine tägliche Praxis ist – verletzlich, anstrengend und auf Beteiligung angewiesen. Wo Kinder und Jugendliche erleben, dass ihre Stimme zählt, wächst nicht nur Beteiligung, sondern auch demokratische Haltung.



Das Projekt Hands On als demokratische Praxis



Cornelia Roider-Kubat

ist Mentorin bei *Hands On*, sitzt im Advisory Board des Vereins ADV – Austrian Digital Value, ist WOMENinICT Botschafterin, und beschäftigt sich mit Themen rund um Digitalen Humanismus.

FOTO: LISA LUX

Als ich mich dazu entschied, ehrenamtliche Mentorin bei *Hands On* zu werden, war meine Erwartung klar: Ich wollte einer jungen Person Orientierung und ein wenig Halt geben, vielleicht auch Türen öffnen. Aber hinter Mentoring steckt viel mehr.

Hands On ist ein Mentoringprogramm der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung und Katholischen Aktion der Erzdiözese Wien, das junge Menschen über ein Jahr begleitet. Ziel ist es, ihnen bei der Suche nach einer passenden Ausbildung oder dem ersten Jobeinstieg zu helfen. Dabei werden sie in ihrer persönlichen Entwicklung gestärkt, ihnen werden Perspektiven aufgezeigt und sie werden in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe unterstützt. Was auf dem Papier strukturiert und zielgerichtet klingt, entfaltet in der Praxis eine erstaunliche Dynamik, denn jede Mentoring-Beziehung ist individuell.

Informationen sortieren hilft weiter

Eine meiner Mentees ist Anfang 20. Sie ist neugierig, klug, spricht fünf Sprachen, und ist zugleich oft unsicher und frustriert, weil die Suche nach einer Lehrstelle mit viel Arbeit verbunden ist. In unseren Treffen sprechen wir viel und arbeiten an ihrer Bewerbung. Und schnell erkenne ich etwas, das

ich mir von einem „digital native“ nicht erwartet hätte: Sie kann Inhalte im Internet nicht einordnen, nimmt vieles als wahr an, was in Wahrheit nur Fassade ist. Mir wird klar, wie schwierig es für junge Menschen sein kann, sich in der Informationsflut zurecht zu finden. Eine Sichtweise, die ich als Wirtschaftsinformatikerin so noch nie eingenommen hatte. Ihre Fragen bringen mich dazu, meine eigenen Ansichten zu überdenken, während meine Erfahrungen ihr helfen, neue Perspektiven zu eröffnen.

Kleine Schritte – eine abgeschickte Bewerbung, ein klar formulierter Zukunftswunsch – werden für sie zu großen Erfolgen. Es sind genau diese Momente, die zeigen, wie wichtig es ist, jungen Menschen verlässliche Beziehungen und ehrliches Interesse entgegenzubringen.

Mentoring bedeutet auch, Möglichkeiten sichtbar zu machen. Für viele Jugendliche sind bestimmte Bildungs- oder Berufswege schlicht außerhalb ihres Vorstellungsr-

raums. Wenn jemand da ist, der sagt: „Das könntest du schaffen“, entsteht Hoffnung. Und Hoffnung ist ein entscheidender Faktor – nicht nur individuell, sondern auch gesellschaftlich. Wer an seine eigene Zukunft glaubt, ist weniger anfällig für einfache Antworten, autoritäre Strömungen, oder die vermeintlich schillernden Welten von Influencer:innen.

In einer Zeit, in der Unsicherheiten zunehmen, braucht es positive Zukunftsbilder. Mentoring kann dazu beitragen, solche Bilder zu zeichnen – nicht als naive Träumerei, sondern als realistische Perspektiven. Es zeigt jungen Menschen: Du bist Teil dieser Gesellschaft, und du kannst sie mitgestalten. ■

Hands On

Mentoring für junge Arbeitssuchende
www.erzdiocese-wien.at/unit/handson/home



Konsequent an der Seite der Menschen

Die Direktorin der Diakonie Österreich und evangelische Pfarrerin **MARIA KATHARINA MOSER** hält – wider jede Versuchung politischer Verstrickungen – christliche Werte als unverzichtbar und wegweisend für zukunfts- und friedensorientierte Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsformen.

Etwas ist ins Rutschen gekommen. Das Vertrauen, dass sich die Dinge gut entwickeln, verdunstet, Verlustängste machen sich breit und die Klimakrise führt vor Augen, dass die Grenzen des Wachstums erreicht sind. Das Fortschrittsversprechen der Moderne scheint nicht mehr zu halten.

Nährboden für Autoritarismus

Menschen, die den Lauf der Geschichte als beständigen Fortschritt zum Besseren denken, neigen – wie die im Auftrag der ORF/Abteilung Religion & Ethik durchgeführte Studie „Was glaubt Österreich“ zeigt – eher zu einem starken Führer, genauso wie Personen, die die Geschichte als Niedergang erleben.

Wer die Zukunft nicht mehr als Verheißung, sondern als Bedrohung erlebt, ist geneigt, das Heil in der Vergangenheit und im Nationalismus zu suchen. In die Dynamik eines autoritären Nationalismus ist auch das Christentum verstrickt (USA, Ungarn, Russland), wenn es zur Grundlage nationaler Identität gemacht wird, mit Islam und Einwanderung als Feindbild. Christlicher Nationalismus weckt die Hoffnung auf einen neuen Aufwärtstrend in Kirchen und bei Christenmenschen, die unter

dem Bedeutungsverlust durch die Säkularisierung leiden. Da kann es sich wie Balsam auf der Seele verunsicherter christlicher Identität anfühlen, wenn Politiker:innen „christliche Werte“ zur Leitkultur erklären.

Interessengeleitetes Framing

Was sich als Hoffnungsanker anbietet, ist bei sorgfältiger Betrachtung eine Versuchung. Der christliche Nationalismus baut das Christentum in die politische

„Christliche Hoffnungsbilder spannen einen Erwartungshorizont auf über eine Gegenwart, die nicht so ist, wie sie sein soll.“

Maria Katharina Moser

Identität ein und formatiert im Zuge dessen „christliche Werte“ um. Ein beredtes Beispiel ist, wie US-Vizepräsident J.D. Vance die Nächstenliebe heranzieht, um die „America first“-Ideologie zu legitimieren: Zuerst liebst du die Familie, dann deine Gemeinde, dann die Bürger in deinem Land. In Öster-

reich kennen wir diese Verzweckung durch Wahlkampfslogans schon länger.

Doch die Nächstenliebe, von der Jesus spricht, gilt dem, der unter die Räuber gefallen ist, auch wenn er der „Fernste“ ist – ausschlaggebend ist die Not. Im christlichen Nationalismus wird Nächstenliebe zum Signum eines politischen Tribalismus, deren Wir-Zugehörigkeit sich radikal von den anderen abgrenzt. Gruppeninteressen werden über das Gemeinwohl gestellt, das Gewinner-Prinzip zählt. Und gewinnen heißt, andere müssen verlieren – Chancen, Menschenrechte und ja, auch ihr Leben. Wer der Versuchung des christlichen Nationalismus erliegt, gibt das Evangelium preis.

Erkennen, benennen, Zukunft offen halten

Kirchen haben im Laufe ihrer Geschichte immer wieder auch Wege gefunden, das Evangelium zu verteidigen. Dazu gehört etwa die Bekenntnissynode in Barmen 1934, welche die Gleichschaltung von Christentum und Nationalsozialismus ablehnte. Christen und Christinnen haben in jedem Volk Brüder und Schwestern, nicht nur im eigenen, das sollten wir niemals vergessen, mahnte Dietrich Bonhoeffer.



Maria Katharina Moser

ist evangelische Pfarrerin,
Sozialethikerin und seit
2018 Direktorin der
Diakonie Österreich.

FOTO: SIMON-RAINSBOROUGH, DGG

Auch heute stehen wir als Kirchen vor der Aufgabe, falsche Lehren zu erkennen und zu benennen. Gottes Gnade gilt allen Menschen und jedem und jeder einzelnen – sie kennt keine Begrenzungen durch Nationalität oder Status oder Geschlecht oder Leistungsfähigkeit. Es gilt, in Verkündigung und diakonischem Handeln am universalen Charakter der Liebe Gottes festzuhalten. Das verlangt von den Kirchen, sich zu positionieren und gleichzeitig die Gesprächskanäle zu Vertreter:innen anderer Positionen offen zu halten. Und das verlangt von den Kirchen, sich dem zu stellen, was den Nährboden für Autoritarismus bietet.

Das Christentum weiß um die Endlichkeit. In ihrem Repertoire haben Kirchen Geschichten und Rituale, die helfen, mit Verlusten leben zu lernen und gerade so die Zukunft offen zu halten. Das brauchen Gesellschaften, wenn sie sich nicht mehr am Fortschrittsversprechen anhalten können – das, und ein gemeinsames Nachdenken über die Frage: „Was heißt eigentlich besser?“ ■

*Erschienen in voller Länge
am 12. Februar 2026 in der Wochen-
zeitung DIE FURCHE*

KAB FRAUENSTUDENTAG

Engagieren oder austreten?

Frauen aus fünf Diözesen tagten am 28. Februar 2026 zum Thema „Frauen zwischen Engagement und Kirchenaustritt“ im Cardijn Haus in Linz. Engagement werde etwa als Beitrag für ein gutes Leben, als Dienst für andere, als sich selbst verwirklichen können oder sich zugehörig fühlen, gesehen und gelebt. Dennoch berichteten die meisten Frauen von Momenten, in denen es für sie schwierig geworden sei, Mitglied zu sein und zu bleiben.

Der Referentin **MARIA KATHARINA MOSER** war es ein besonderes Anliegen, den Frauen Gründe fürs Bleiben mitzugeben. Dazu gehöre, dass Kirchen über nationale Grenzen hinweg Gemeinschaft stiften können, es hier eine Verlustkompetenz gibt, die über krisenhafte Zeiten hinweghilft und Hoffnung geben kann und uns das Evangelium anvertraut ist.

Politisch habe sich viel verändert, was es für Moser noch einmal wichtiger macht, dass Frauen –

egal in welcher Kirche – bleiben. Sie warnt: „Kirchen werden zu einem Hort von Antifeminismus



Regina Petrik, KAÖ (li.) und
Maria Katharina Moser

und Antigenderismus, wenn Frauen gehen“. Sie verweist etwa auf den stärker gewordenen christlichen Nationalismus. Das tue der Gesellschaft insgesamt nicht gut. ■



Botschaft zum 1. Mai

KABÖ zum Tag der Arbeit: Ein gerechtes Steuersystem sichert Demokratie und Menschenwürde. Katholische Arbeitnehmer:innen fordern Erbschaftssteuern als Beitrag der Reichsten zum Budget

(Wien, 28. April 2026) Anlässlich des Tages der Arbeit am 1. Mai, erinnert die Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich (KABÖ) an Worte des Kirchenvaters Ambrosius aus dem 4. Jahrhundert, der die Umverteilung von Eigentum anspricht, wenn er laut Überlieferung sagt: „Du

gibst dem Armen nicht von deinem Eigentum, sondern du gibst ihm von dem seinen zurück. Denn du hast dir bloß angemäht, was für den gemeinsamen Gebrauch bestimmt war.“ Karl Immervoll, Bundesseelsorger der KABÖ, sieht darin einen Anspruch, der auch heute noch Gültigkeit hat: „Umverteilung war schon für den Kirchenvater Ambrosius eine Frage der Gerechtigkeit. In unserer Gesellschaft findet dieser Ausgleich durch steuerlich festgesetzte Sätze statt, immer mit dem Ziel, allen ein gutes Leben zu ermög-

lichen. Unser Steuersystem wird diesem solidarischen Anspruch noch zu wenig gerecht.“

(...) Daher sieht die KAB eine Besteuerung von Erbschaften als Gebot der Stunde. Österreich ist eines der wenigen Länder in Europa, das auf die Erbschaftsteuer und somit auf diese Ausgleichsmaßnahme verzichtet. Das sei aus einem christlich-solidarischen Verständnis nicht haltbar.

Allianz für einen fairen Beitrag der Reichsten: Erben darf nicht umsonst sein!

Mehr als 50 Organisationen drängen auf eine Erbschafts- und Schenkungssteuer für große Vermögen

Bei der Kundgebung am 7.5.2026 der Allianz für einen fairen Beitrag der Reichsten – ein Zusammenschluss von mehr als 50 Organisationen – wiesen vor dem Bundeskanzleramt mehrere Redner:innen erneut auf die enorme Schieflage Österreichs bei der Verteilung von Vermögen hin. Gefordert wurde

die Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer – vor allem in Hinblick auf die angespannte Budgetsituation und die drohende Belastung der breiten Bevölkerung durch bereits angekündigte Konsolidierungsmaßnahmen. Darauf haben sich die Mitglieder der Allianz auch in Form einer Resolution an die Bundesregierung verständigt, die an den Generalsekretär des Bundeskanzleramts, Gerald Grad, übergeben wurde.



Philipp Kuhlmann, stv KABÖ-Vorsitzender und Thomas Immervoll, KABÖ-Vizepräsident.

Die Enzyklika Magnifica humanitas – ein Schreiben über die menschliche Arbeit.

Magnifica humanitas (deutsch „Die großartige Menschheit“) ist eine Enzyklika von Papst Leo XIV. mit dem Untertitel „Über die Bewahrung des Menschen im Zeitalter der künstlichen Intelligenz“.

In den Augen von Papst Leo XIV. steht die Menschheit angesichts der

Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz KI vor einer Zeitenwende. Von verschiedenen Seiten betrachtet er mögliche Entwicklungen, Chancen, aber auch Gefahren.

(Wien, 28. Mai 2026) Gemeinsam mit der KABÖ Bundesleitung sieht Bundesseelsorger Karl Immervoll in der Enzyklika Magnifica huma-

nitats eine Bestärkung im Einsatz für eine menschliche Arbeitswelt, besonders im KI-Bereich. Gewinn sucht und Reichtumsanhäufung auf dem Rücken ausgebeuteter Arbeiter:innen müssen kritisiert und verurteilt werden. Die Enzyklika ist eine Bestätigung der katholischen Soziallehre und stellt das Gemeinwohl an die erste Stelle. (...)

Die KABÖ-Pressemeldungen finden Sie auf: www.kaboe.at

Seismograph & Impulsgeberin

Über Jahrzehnte galt die Katholische Sozialakademie Österreichs (ksoe) als gewichtiger sozialpolitischer Impulsgeber in Kirche und Gesellschaft. Für die KABÖ war die ksoe ein Thinktank zu Fragen der katholischen Soziallehre und ihrer Umsetzung in die Praxis. Ein neues Buch des Theologen Josef P. Mautner blickt auf die wechselvolle Geschichte einer Institution, die nach ihrer Restrukturierung 2021 viel an Schlagkraft eingebüßt hat.



Josef P. Mautner:
**SEISMOGRAPH UND
IMPULSGEBERIN –**
Die Katholische Sozialakademie
Österreichs 1958–2021, 24.00 €,
256 Seiten, Format: 13,5 × 21 cm,
Klappenbroschur,
zahlreiche Abbildungen,
ISBN: 978399136-124-4

Buchpräsentation

Demokratie verteidigen

Vortrag und Diskussion mit
Sieglinde Rosenberger
und Josef P. Mautner.

29. September 2026, 19.00 Uhr,
Cardijn Haus Linz

Unter dem Titel „Seismograph und Impulsgeberin – Die Katholische Sozialakademie Österreichs 1958–2021“ erschien im Frühjahr 2026 ein Buch über die Entwicklung und Aktivitäten der ksoe.

Der von Sieglinde Rosenberger darin verfasste Artikel zu den Herausforderungen unserer Demokratie steht im Zentrum dieses Abends.

Die Katholische Aktion Österreich startet mit dem Projekt **MITUNTER GEGENÜBER** – So klappt's auch mit der Demokratie ein neues Dialogformat. Menschen, die sonst nicht miteinander reden, kommen ins Gespräch zu Themen, bei denen sie unterschiedliche Zugänge und Meinungen haben. Sie werden dort eingeladen, wo sie sind, an ihrer Haustür und im persönlichen Kontakt. Pfarren, Organisationen und Vereine bereiten als Gastgeber:innen den Rahmen für das professionell begleitete Gespräch. Dabei geht es darum, einander zuzuhören und die Sichtweise des anderen zu verstehen.
Informationen und Kontakt: regina.petrik@kaoe.at



So klappt's auch mit der Demokratie



THEOLOGIE DES ALLTAGS

Arbeit vor Kapital

„Zweck der Arbeit, jeder vom Menschen verrichteten Arbeit, bleibt letztlich immer der Mensch selbst.“

So ist doch in erster Linie die Arbeit für den Menschen da und nicht der Mensch für die Arbeit. Man muss vor allem ein Prinzip in Erinnerung rufen, das die Kirche immer gelehrt hat: Das Prinzip des Vorrangs des Menschen gegenüber dem Kapital.“

Johannes Paul II. in *Laborem exercens*

Darüber theologisieren mit euch
Magdalena M. Holztrattner
und Karl A. Immervoll.

Mittwoch, 14. Oktober 2026,
10–17 Uhr, Cardijn Haus Linz;
Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz

Anm.: mensch-arbeit@dioezese-linz.at

Impressum

Medieninhaber:in (Verleger:in): Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6. Herausgeber:in: Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaoe.at. Geschäftsführung/Verwaltung: Mag.^a Gabriele Kienesberger. Redaktionskollektiv: Mag.^a Gabriele Kienesberger, Maria Langmaier, MSc, Anneliese Pieber DSA, Mag.^a Anna Wall-Strasser, Mag.^a Elisabeth Zarzer. Gestaltung: Charly Krimmel/sonderzeichen.at. Lektorat: Mag.^a Wilhelmine Deschberger, Dr.ⁱⁿ Sonja Meißl. Hersteller:in und Expedit: Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg Bankverbindung: Schelhammer Capital, BIC: BSSWATWW, IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659

Offenlegung: www.kaboe.at/site/oesterreich/zeitzeichen



Katholische Arbeitnehmer:innen
Bewegung Österreich

www.kaboe.at

Demokratie stärken!

In Ländern wie Österreich hat man sich an sie gewöhnt und sieht sie oft als selbstverständlich an. Hingegen sehnen sich all jene, die in Diktaturen und Kriegsgebieten leben, täglich nach ihr: Demokratie. Am 21. Mai 2026 hatte die KAB in Graz zu einer Diskussion geladen, bei der die Stärkung der Demokratie im Mittelpunkt stand. Ein Veranstaltungsbericht von ANNA MARIA STEINER.

Kirche – Politik – Schule

Nach Eröffnungsworten des KAB-Vorsitzenden JOHANN ZEIRINGER teilten die drei Gäste am Podium ihre in Kirche, Politik und Schule gemachten Demokratie-Erfahrungen mit dem Plenum.

„Glaubensinhalte sind vorgegeben“, antwortete ANNA HOLLWÖGER auf die Frage, wie es denn die Kir-

che mit der Demokratie halte. „Aber wie wir den Glauben mit Leben füllen – das können wir mitgestalten“, so die Generalsekretärin der Katholischen Aktion (KA) Steiermark. Als Laienorganisation der Katholischen Kirche in Österreich befähige die KA alle Katholik:innen zum Mittun. Demokratischer Kompass seien katholische Soziallehre sowie gemeinschaftlich gefällte Entscheidungen im Sinne der Synodalität.

Für die Gemeinderatskandidatin der Grazer Grünen, BARBARA SIMA-RUML, bedeutet Demokratie auch die Bereitstellung von Strukturen, innerhalb derer man sich frei entscheiden könne. „Als Mama kann ich meine Kinder an einem Regentag wählen lassen zwischen diesem oder jenem Paar Gummistiefeln“, so die Architektin, Inklusionsbeauftragte und zweifache Mutter. „Dass es bei Schlechtwetter aber keine Sandalen sein können – das lege ich als Mama fest.“

Mut zum Fällen von Entscheidungen als auch zu kontroversieller Diskussion machte PASCAL GÜNSBERG. Andere Meinungen müssen in einer Demokratie Platz haben dürfen, sagte der Gymnasiallehrer aus Wien, der seit 2018 durch seine parteiunabhängige Plattform PolEdu politische Bildung an Schulen und Hochschulen vermittelt. Mit Maturaklassen besuchte er im Vorjahr den FPÖ-Landeshauptmann als auch die KPÖ-Bürgermeisterin in Graz. Dass sich der politische Alltag dort innerhalb eines so breiten politischen Spektrums abspiele, sei demokratiepolitisch bemerkenswert.

Zeit – ein demokratiepolitischer Faktor

Vielfältig waren auch die Wortmeldungen der Gäste im Publikum. So berichtete eine Frau von ihrem Aktivsein im Sinne eines demokratischen Miteinanders: An öffentlichen Plätzen oder beim Warten auf die Straßenbahn gehe sie auf Menschen zu, um mit ihnen über gesellschaftlich relevante Themen zu reden. Den Faktor „Zeit“ sprach ein anderer Veranstaltungsteilnehmer an. In unserer schnelllebigen Zeit aushalten zu können, dass sich Dinge in einer Demokratie nur langsam verändern würden, sei zwar nicht leicht, für den Fortbestand von Demokratie jedoch notwendig. Mit eindringlichen Worten für das Wahrnehmen demokratiepolitischer Steuerungsmechanismen innerhalb der Bevölkerung durch aktive Beteiligung endete die Veranstaltung. „Unsere Großmütter sind noch auf die Straße gegangen, um wählen zu dürfen“, erinnerte ein KAB-Mitglied im Plenum an die Einführung des Frauenwahlrechts vor erst etwas mehr als 100 Jahren. Wer die Chance hat, mitzubestimmen, solle sie auch wahrnehmen.

Nach der gemeinsamen Diskussion „Demokratie stärken“ wechselten alle vom Veranstaltungssaal in den wunderschönen Park vor der Pfarrkirche Graz-St. Andrä, um das von Mitgliedern des Grazer Integrationsvereins ISOP zubereitete interkulturelle Buffet zu genießen.

Erdacht und organisiert wurde die Veranstaltung von KAB-Vorstandsmitglied ARNO NIESNER (www.bosolei.com).



v.l.: Pascal Günsberg, Anna Steiner, Barbara Sima-Ruml, Anna Hollwöger, Johann Zeiringer

Poldi

Poldi war unser Sonnenschein. Er hatte stets gute Laune, lächelte uns an und verströmte Zufriedenheit. Ein Mann großer Worte war Poldi nicht. Seine Antworten auf unsere Fragen waren kurz und präzise, etwa wie er das Wochenende verbracht hat. Von selbst meldete er sich nur sehr selten. Still arbeitete er vor sich hin und beobachtete seine Umgebung genau. Sein Lächeln erwiderte ich stets mit einem freundlichen Nicken. Poldi war das, was landläufig als behindert bezeichnet wird. Er erledigte einfache, aber wichtige Arbeiten: Ösen für die

Es gab allerdings auch Zeiten, da war Poldi gar nicht gut drauf. Dann verkroch er sich in sich selbst, gab keine Antworten und Kommentare, setzte sich auch in der Pause abseits. Wir suchten nach Ursachen, waren uns keiner Unachtsamkeit bewusst. Dieser Zustand dauerte meist mehrere Tage, oft über eine Woche. Es dauerte lange, bis wir erkannten, dass immer dann, wenn es unter uns einen Wickel gab – und den gab es immer wieder, weil Selbstverwaltung will gelernt sein – Poldi das schon Tage vor uns wahrnahm und darauf reagierte. Wir waren zunächst ratlos, denn



Schnürriemen, Vorstreichen der Sohlen, Falten der Verpackungskartone, ... Wir erzeugten Schuhe und arbeiteten im Kollektiv, sieben Beschäftigte, dazu ein Lehrling und eben Poldi – damals Selbstverwaltung genannt. Er war wie alle anderen angestellt und gleichberechtigt.

Konflikte nicht auszutragen war auch keine Lösung. Poldi wurde zu einer Art Stimmungsbarometer. Das klingt einfach, war aber ein schwieriger Prozess. Mit einem Mal war er wichtig, wurde er zu unserem Orientierungspunkt, der uns veranlasste rücksichtsvoller und toleranter im Umgang miteinander



Karl A. Immervoll,
KABÖ-Bundesseelsorger,
ist gelernter Schuhmacher
und gründete 1984 mit einer
Gruppe Erwerbsarbeitsloser die
Waldviertler Schuhwerkstatt in
Schrems, heute Teil der GEA-
Gruppe von Heini Staudinger.

FOTO: MATTHIAS FRÖHLICH

zu sein. Mich erinnert es an den Mann mit der verdorrten Hand, der in der Synagoge im Abseits saß (Mk 3,1-6):

*Jesus holte ihn in die Mitte.
Und siehe,
die verdorrte Hand wurde geheilt,
er konnte anpacken.*

Die Beschäftigung von Poldi war von Anfang an umstritten: Wir müssen produzieren und jemand wie er bringt keine Leistung, aber kostet. Es gab unter uns keine Hierarchie. Aber unsere Lernprozesse des Miteinander-Arbeitens waren konfliktreich. Endlose Diskussionen, lustloses Dahinarbeiten waren auch nicht gerade leistungsfreundlich. Durch Poldi lernten wir nun Unzufriedenheiten anzusprechen, bevor sie eskalierten. Der Dreischritt Sehen – Urteilen – Handeln bekam eine neue Interpretation: Hinhören – Unterscheiden – gemeinsam Handeln. Natürlich gab es weiterhin manch trübe Tage, doch wir freuten uns mehr über Sonnenschein. ■

Liebe Leserin, lieber Leser des KABÖ-Magazins ZeitZeichen,
das Redaktionskollektiv sondiert, welche Themen für ZeitZeichen-Leser:innen von Interesse sein könnten.
Autor:innen teilen ihre Analysen. Fotos und Berichte bringen KAB-Aktivitäten zu den Menschen. Von
Karikaturen über solidarische Betrachtungsweisen bis zu Alltagsgeschichten spannt sich der Bogen jeder Nummer.
Wir freuen uns über jedes bestehende oder neue Abo!

Jetzt ein Förderabo für das ZeitZeichen!

Heuer unterstützt der **Tyrolia Verlag** unsere **Förderabo-Aktion** mit ermutigender spiritueller Literatur. Für eine Spende von 50 Euro (Förderabonnement) oder 150 Euro (Gönner:inabonnement) können Sie als Dankeschön aus folgender Liste ein Buch auswählen:

- 1 Franz Küberl: Zukunft muss nach Besserem schmecken
- 2 Was hält uns (noch) zusammen? Salzburger Hochschulwochen 2021
- 3 Steve Heitzer: Hellwach am Leben
- 4 Benno Elbs: Werft eure Zuversicht nicht weg
- 5 Teresa Hieslmayr: Wege zum Miteinander
- 6 Angst? Salzburger Hochschulwochen 2018
- 7 Martin Kolozs: ÜberMut

ZeitZeichen – 4 Hefte – 3 Möglichkeiten

- als Jahresabonnent:in € 17,-
- als Förderabonnent:in € 50,-
- als Gönner:in € 150,-

IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659

Kath. Arbeitnehmer – Bildungs- und Hilfswerk Österreich

Vielen Dank! Bitte machen Sie auch Freund:innen und Bekannte auf ZeitZeichen aufmerksam oder verschenken Sie ein Abo!

Kontakt: zeitzeichen@kaoe.at

